

Für die Sitzung der Universitätsvertretung
der Universität Wien, am 7. Jänner 2022



Neuer Minister, Neues Glück?

Die erste Dezemberwoche hat Österreichs Innenpolitik auf den Kopf gestellt. Neben einem Wechsel an der Regierungsspitze, im Finanzministerium, dem Außen- und Innenministerium, und im Staatssekretariat wurden auch im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung die Köpfe ausgetauscht. Nachdem Ex-Minister Faßmann fast dreieinhalb Jahre lang die Studierendenstimmen überhört, im Pandemiemanagement versagt und Novellen vergeigt hat, übernimmt nun Martin Polaschek, davor Rektor der Uni Graz, die Geschäfte im BMBWF. In diversen Medien werden ihm hohe Erwartungen zugesprochen. Auch wir wollen dem neuen Minister eine Chance geben, sein Können unter Beweis zu stellen.

Damit Polaschek gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Studierenden nicht vergisst, wollen wir ihm ins Gedächtnis rufen, was es braucht um unsere Hochschulen zu einem offenen und inklusiven Ort für alle zu machen. In einem Forderungskatalog an Martin Polaschek sollen wichtige Forderungen der Studierenden und Kernforderungen aus der Universitätsvertretung übermittelt werden, die er sich auf seine Agenda schreiben soll. Ein Bildungsminister, der sich wirklich um gute Bildung schert, stellt sich hinter den freien und offenen Hochschulzugang, gegen Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen und für die Förderung von FLINTA und BIPOC an den Hochschulen.

Wir sind gespannt auf Polaschek und wollen ihn an seinen Taten messen. Er hat jetzt die Möglichkeit, das Ruder rumzureißen und die Stapfen seines Vorgängers zu umgehen.

Die zweite ordentliche Sitzung der Universitätsvertretung der Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien möge beschließen

- Die Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien einen Forderungskatalog an den neuen Bildungsminister Martin Polaschek verfasst, der zumindest folgende Forderungen enthält:
 - Bekennung zum freien und offenen Hochschulzugang
 - Positionierung gegen Zugangsbeschränkungen
 - Abschaffung von Aufnahmeprüfungen und allen Studiengebühren, vor allem der rassistischen, doppelten Studiengebühren für Menschen ohne EU-EWR-Pass
 - Erhöhung der Beihilfen und Zugänglichkeit auch für Drittstaatstudierende

- Rücknahme der studierendenfeindlichen UG Novelle, insbesondere Redemokratisierung des Senats und Abschaffung der Mindestleistungen
- Ausfinanzierung der Hochschulen mittels 2% des BIP
- Ausbau kassenfinanzierter Psychotherapieplätze für Studierende
- Förderung von FLINTA und BIPOC im Hochschulsektor und Maßnahmen gegen die Leaky Pipeline
- Maßnahmen und strengere Konsequenzen für diskriminierende Professor_innen an Hochschulen
- Maßnahmen gegen die fortschreitende Bildungsökonomisierung
- Klares Auftreten gegen Rechtsextremismus an den Universitäten